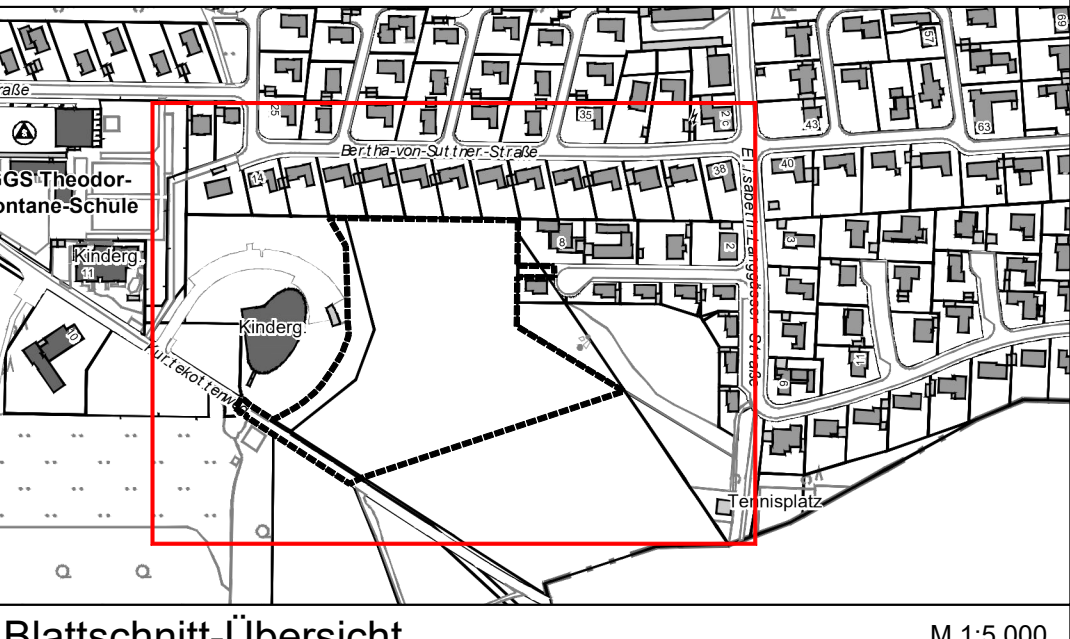
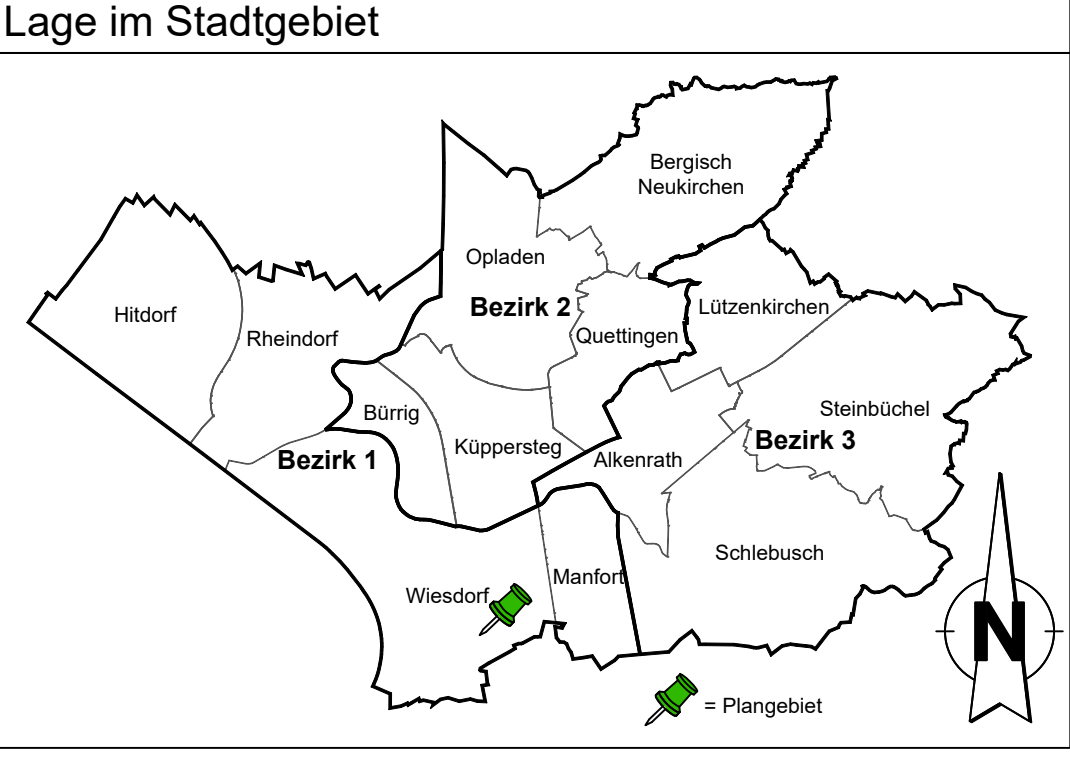
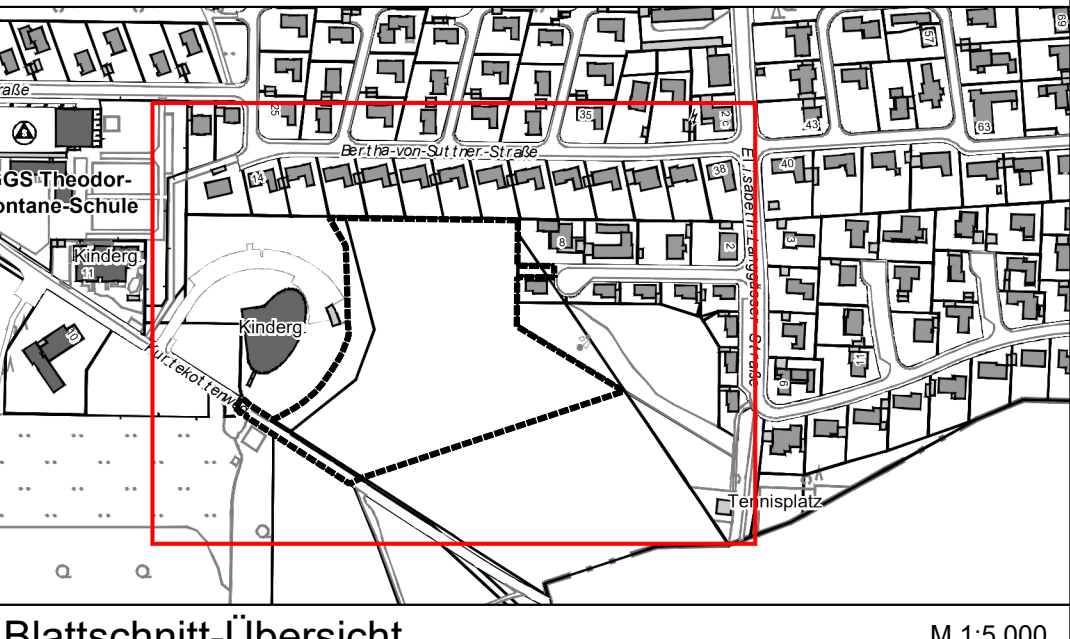
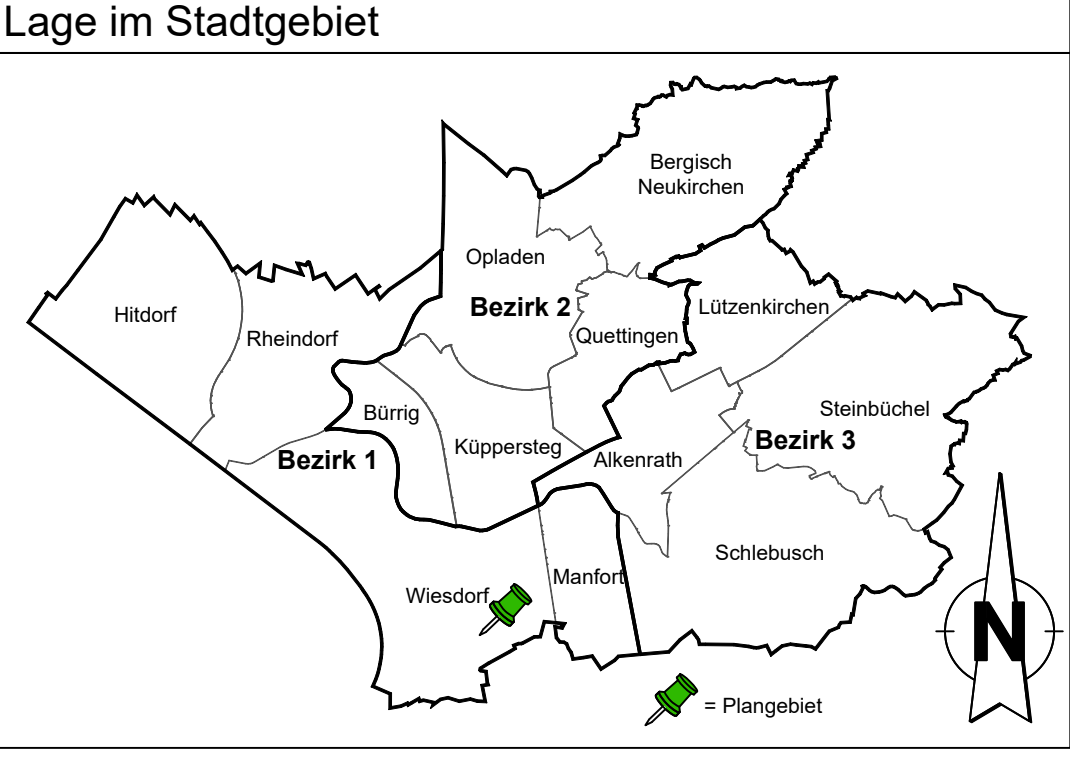




Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 40/I

"Wiesdorf - Wohnheim zwischen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße"

<p>Textliche Festsetzungen (gemäß § 9 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 3 Satz 2 BauGB)</p> <p>1. Zulässige bauliche Nutzung Als zulässige bauliche Nutzung wird ein „Wohnheim für Jugendsportler*innen“ gemäß dem Vorhaben- und Erschließungsplan, der Bestandteil dieses Bebauungsplans ist, festgesetzt. Das Wohnheim dient der Unterbringung betreuter Sportlerinnen und Sportler des Jugendsports. Zulässig ist ein Wohnheim für Jugendsportler*innen mit den für diese Nutzung erforderlichen Räumlichkeiten im Gebäude, wie z. B. Schlaf-, Sanitär-, Aufenthalts-, Sport- und Lern und Gemeinschaftsräume, Küchen, Lager- und Nebenräume sowie Räume für Verwaltung, Technik und Versorgung. Zulässige Freiflächenutzungen sind u. a. Terrassen und Sitzplätze, die Nutzung der Freiflächen als Gartenanlage zur Erholung und Bewegung der Bewohnenden und Mitarbeitenden, Anlagen zur Niederschlagswasserbeseitigung sowie Parkplätze und Erschließungsanlagen.</p> <p>2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)</p> <p>2.1 Höhe baulicher Anlagen Die Oberkante (OK) der zu errichtenden baulichen Anlagen und Gebäude darf die festgesetzte und im Bebauungsplan eingetragene maximale Höhe über Normhöhennull (NN) nicht überschreiten. Für die Einhaltung der Höhenlage sind die obersten Bauteile des Daches, ausschließlich Photovoltaik- und Solarthermieelemente sowie technisch bedingte Aufbauten, maßgebend. Die festgesetzten maximalen Höhen baulicher Anlagen und Gebäude dürfen ausnahmsweise überschritten werden - von Photovoltaik- und Solarthermieelementen um maximal 0,70 m sowie - durch die Technik bedingte und genutzte Aufbauten, wie z. B. Oe- und Entlüftungsanlagen und Aufzugsmaschinenhäuser, um maximal 0,60 m auf bis zu 20 % der Grundfläche des obersten Vollgeschosses.</p> <p>3. Stellplätze und Carports (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) Stellplätze (St) und Carports (Ca) sind nur innerhalb der dafür festgesetzten Fläche zulässig. Innerhalb der Fläche für Stellplätze und Carports sind auch Fahrradstellplätze (FS) und Standorte für Abfallsammelbehälter (As) zulässig. Die Errichtung von oberirdischen Garagen ist nicht zulässig.</p> <p>4. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)</p> <p>4.1 Maßnahmenfläche M1 „Artenreiche Mähwiese“ Die gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzte und mit M1 bezeichnete Fläche ist als lebensraumtypische artenreiche Mähwiese zu entwickeln. Der Biotypyp Mähwiese wird nach Möglichkeit im Heudrusch-Verfahren mit Mahdgut von benachbarten Salbei-Glatthafer-Wiesen begründ. Diesbezüglich ist für die Benennung von Spenderflächen der Kontakt mit der Untere Naturschutzbehörde der Stadt Leverkusen aufzunehmen. Sollte eine Begrünung im Heudrusch-Verfahren nicht möglich sein, erfolgt die Ansaat mit Regio-Saatgut des Typs Glatthaferwiese (Frischwiese / Fettwiese – Blumen 30% / Gräser 70% - Rieger-Hofmann) bzw. Grundmischung (Blumen 30% / Gräser 70% - Saaten Zeller) des „Ursprungsgebietes 2 – Westdeutsches Tiefland mit Unteren Weserbergland“. Vereinzelt können in der Fläche Sträucher der Maßnahme M2 als Bruthabitat und Ansitzwarten für Vögel sowie (Teil-)Lebensraum für weitere Arten gepflanzt werden. Der Biotopkomplex ist vor baubedingten Beeinträchtigungen zu schützen und langfristig zu sichern. Die Fläche ist durch die Errichtung eines Zauns vor Beeinträchtigungen zu schützen und mit Ausnahme von Pflegearbeiten dauerhaft abzusperren. Die Fläche ist dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.</p> <p>4.2 Maßnahmenfläche M2 „Gehölzstreifen“ Innerhalb der gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB festgesetzten und mit M2 bezeichneten Fläche ist der Gehölzbestand zu erhalten und durch Anpflanzung standortgerechter Sträuchern der festgesetzten Pflanzenauswahlliste 2 in der angegebenen Mindestqualität weiter zu entwickeln. Baum- und Strauchpflanzungen sind mit Arten und Pflanzqualitäten der festgesetzten Pflanzenauswahllisten 1 und 2 vorzunehmen. Die Sträucher sind in einem Pflanzabstand von 1 m x 1,5 m (= 1 m Abstand zwischen den Reihen und 1,5 m Abstand in der Reihe) anzulegen. Die Baumpflanzungen haben in einem Pflanzabstand von etwa 10 m zu erfolgen. Dabei sind mindestens fünf verschiedene Arten zu verwenden. Vorhandene standortgerechte Gehölze sind in die Anpflanzung einzubünden. Die Neupflanzungen sind gegen Verbiß zu schützen sowie art- und fachgerecht zu pflegen und bei Verlust zu ersetzen.</p> <p>4.3 Außenbeleuchtung Die Außenbeleuchtung an Gebäuden und Freiflächen (Straße, Wege, Stellplätze) ist tierfreundlich zu gestalten. Zulässig sind nur voll abgeschirmte Leuchten, und Leuchtmittel mit Farbtemperaturen von 1.800 bis 2.700 Kelvin. Die Abstrahlrichtung der Leuchten ist nach unten zu richten, horizontale Lichtemissionen sind unzulässig. Leuchtmittel, die mit einem Abstand von weniger als 20 m zu den im vorhabenbezogenen Bebauungsplan V 40/I festgesetzten Grünflächen eingesetzt werden, dürfen eine korrelierte Farbtemperatur von 1.800 Kelvin nicht überschreiten. Die Anstrahlung von Gehözen sowie der artenreichen Mähwiese in den mit M1 und M2 bezeichneten Flächen ist unzulässig.</p> <p>4.4 Maßnahmen zum Schutz vor Vogelschlag Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wird festgesetzt, dass zusammenhängende Glasflächen ohne Untergliederung ab vier Quadratmeter Fläche, Überdeckerglasungen und transparente Absturzsicherungen mit Maßnahmen zum Schutz vor Vogelschlag zu versehen sind. Glasbauteile oder durchsichtige Fassadenelemente dürfen einen Außenreflexionsgrad von maximal 15 % aufweisen. Zusätzlich sind mindestens 30 % der Fensterfläche mit einer farbigen, nicht transparenten Abklebung oder einer Rastrerfolie auszustatten, die gleichmäßig über die Gesamtfäche verteilt wird („Vogelschutzglas“). Sowohl die Rastrer als auch die Farbbeklebung sind von der Außenseite anzubringen. Alternativ können auch Glasbausteine, transluzente, mattierte, eingefärbte, bombierte oder strukturierte Glasflächen, Sandstrahlungen, Siebdrucke, farbige Folien oder den Fenstern vorgelagerte Konstruktionen wie z. B. Rankgitterbegrünungen sowie ein feststehender Sonnenschutz zum Einsatz kommen.</p> <p>4.5 Flächenbefestigung Zur Befestigung oberirdischer privater Stellplätze sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB nur versickerungsfähige Materialien zulässig.</p> <p>5. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)</p> <p>5.1 Dachbegrünung Flachdächer und Dächer mit einer Neigung bis 15 Grad sind mit einer extensiven Dachbegrünung (Aufbauhöhe mind. 10 cm, inkl. Drainageschicht) zu versehen. Die hergestellte Dachbegrünung ist dauerhaft funktionsgerecht zu erhalten. Von der Begrünungspflicht ausgenommen sind Dachflächenbereiche für erforderliche haustechnische Einrichtungen, Dachfenster oder für Rettungs- und Wartungszwecke notwendige Flächen. Photovoltaik- und Solarthermieanlagen sind über der Dachbegrünung zulässig.</p> <p>5.2 Fassadenbegrünung Gebäudefronten, die an den mit /// gekennzeichneten Baugrenzen, parallel zu diesen oder in einem Winkel bis 90° zu diesen stehen, sind mit einer bodengebundene Fassadenbegrünung an Rankhilfen aus Arten und Pflanzqualitäten der im Abschnitt B, Punkt 13 aufgeführten Pflanzenauswahlliste 6 zu versehen. Je 3 Meter Wandlänge ist mindestens eine Pflanze vorzusehen. Ausgenommen hiervon sind Fassadenflächen, die aufgrund von baulichen Gegebenheiten (z. B. Fenster- und Türöffnungen, Balkone, Glas- und Metallfassaden, Fassaden entlang von Rettungswegen) nicht für eine Begrünung geeignet sind.</p> <p>5.3 Begrünung nicht überbauter Grundstücksflächen Die nicht von baulichen Anlagen überdeckten Grundstücksflächen sind mit einer strukturreichen Mischvegetation aus Bäumen, Sträuchern, Bodendeckern, Stauden und Rasen zu begrünen und zu pflegen sind. Von der Begrünungspflicht ausgenommen sind Flächen, die für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser genutzt werden. Baum- und Strauchpflanzungen sind mit Arten und Pflanzqualitäten der im Abschnitt B, Punkt 13 aufgeführten Pflanzenauswahllisten 3 und 4 vorzunehmen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft art- und fachgerecht zu pflegen, zu erhalten, und bei Verlust zu ersetzen.</p> <p>5.4 Stellplatzbegrünung Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB wird festgesetzt, dass auf Stellplatzanlagen pro fünf angefangene Kfz-Stellplätze ein hochstämmiger Laubbaum aus Arten und Pflanzqualitäten der im Abschnitt B, Punkt 13 aufgeführten Pflanzenauswahlliste 3 anzupflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten ist. Je Einzelbaum ist eine offene Vegetationsfläche von mindestens 8,00 m² vorzusehen. Baumscheiben sind gegen Überfahren zu schützen. Pflanzenaussfälle sind durch Arten und Pflanzqualitäten der Pflanzenauswahlliste 3 zu ersetzen.</p> <p>6. Anlagen, technische und organisatorische Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes</p> <p>6.1 Lärmschutz an Gebäuden Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Räumen in Gebäuden, die nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen dienen, ist der erforderliche bauliche Lärmschutz gemäß DIN 4109-1:2018-01 zu bestimmen. Die Anforderungen an die gesamten bewerteten Bau-Schalldämm-Maße R_w,ges der Außenbauteile von schutzbedürftigen Räumen nach DIN 4109-1:2018-01 ergeben sich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Raumarten und der maßgeblichen Außenlärmpegel La gemäß DIN 4109-2:2018-01 aus der nachfolgenden Tabelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Anforderungen gemäß DIN 4109-1:2018-01</td> <td>für Aufenthaltsräume in Wohnungen,</td> <td>für Büroräume und ähnliches</td> </tr> <tr> <td>gesamtes bewertetes Bau-Schalldämm-Maß R_w,ges in dB</td> <td>La – 30</td> <td>La – 35</td> </tr> </table> <p>6.2 Vorkkehrungen zum Schutz vor Folgen von Störfällen Zum Schutz vor Folgen von Störfällen im benachbarten CHEMPARK Leverkusen sind bei dem Bauvorhaben sämtliche nachfolgende Schutzmaßnahmen umzusetzen, die zwingend durch vorhabenbezogene Seveso-Schutzkonzepte in den nachfolgenden Baugenehmigungsverfahren zu konkretisieren und an die konkrete Nutzung anzupassen sind: - Installation von akustischen und optischen Warnanlagen am Vorplatz des Gebäudes mit direkter Anbindung an die Zentrale Warnanlage der Sicherheitszentrale des Chemparks. - Erstellung von Betriebs- bzw. Verhaltensanweisungen für Bewohner und Mitarbeiter. - Unterweisung bzw. Schulung von Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen. - Erstellen und Aushängen von Störfall- und Alarm-Plänen.</p>	Anforderungen gemäß DIN 4109-1:2018-01	für Aufenthaltsräume in Wohnungen,	für Büroräume und ähnliches	gesamtes bewertetes Bau-Schalldämm-Maß R _w ,ges in dB	La – 30	La – 35
Anforderungen gemäß DIN 4109-1:2018-01	für Aufenthaltsräume in Wohnungen,	für Büroräume und ähnliches				
gesamtes bewertetes Bau-Schalldämm-Maß R _w ,ges in dB	La – 30	La – 35				
<p>staatlich anerkannte Sachverständige für Schallschutz nachgewiesen wird, dass geringere Maßnahmen ausreichend sind. Somit können im Rahmen der Baugenehmigung auch andere Maßnahmen zum Schallschutz ergriffen werden (z.B. architektonische Selbsthilfe, Grundrissanordnung).</p> <p>7. Baurechtliche Festsetzungen (gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 89 BauO NW)</p> <p>7.1 Grundstückseinfriedung Grundstückseinfriedung sind nur frei wachsende Hecken oder Schnitthecken aus standorttypischen heimischen Laubböhlen, z. B. aus Arten der unter 3.2. festgesetzten Pflanzenauswahlliste 4, sowie begrünzte, offene Zaunkonstruktionen mit einem Lochanteil von mindestens 50 % pro Quadratmeter zulässig. Die Begrünung muss auf dem Grundstück, und zwar in Richtung der Grundstücksgrenzen so erfolgen, dass Zaunkonstruktionen weder von benachbarten Grundstücken noch von öffentlichen Straßenraum her sichtbar sind. Mauern, Palisaden und andere vollständig geschlossene bzw. schließende Werkstoffplatten und Verbundstoffe sind zur Grundstückseinfriedung nicht zulässig. Grundstückseinfriedungen dürfen eine Höhe von 2,00 m nicht überschreiten.</p> <p>7.2 Abfallsammelbehälter und –plätze Abfallsammelbehälter und –plätze sind so auf dem jeweiligen Grundstück anzuordnen oder z. B. durch Eingrünung oder baulich so zu gestalten, dass Lagerungen nicht zum öffentlichen Straßenraum hin sichtbar sind. Hiervon ausgenommen sind Unterflursysteme und deren oberirdisch sichtbaren Teile sowie Flächen, die lediglich an Abholtagen zum Abstellen von Abfallbehältern dienen.</p> <p>B HINWEISE</p> <p>1. Durchführungsvertrag Zu diesem vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird ein Durchführungsvertrag zwischen der Stadt Leverkusen und der Bayer 04 Immobilien GmbH als Vorhabenträgerin geschlossen.</p> <p>2. DIN-Vorschriften und außerstaatliche Regelwerke Die in den textlichen Festsetzungen angegebenen DIN-Vorschriften und außerstaatlichen Regelwerken können bei der Stadt Leverkusen, Fachbereich Stadtplanung, Hauptstraße 101, 51373 Leverkusen zu den allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden.</p> <p>3. Planungszone 2 gemäß Seveso-II-Konzept der Stadt Leverkusen Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans V 40/I befindet sich teilweise innerhalb der Planungszone 2 gemäß dem gesamtstädtischen Gutachten der Stadt Leverkusen zur Erstellung eines Konzeptes für die Stadtentwicklung unter dem Aspekt des § 50 BImSchG und Artikel 12 der Seveso-II-Richtlinie (Seveso-II-Konzept der Stadt Leverkusen). Das dem Vorhaben- und Erschließungsplan zugrunde liegende Konzept zum Schutz vor bzw. zur Minderung der Folgen von „Dennoch-Störfällen“ (Stand: 17.07.2024) ist beim Vollzug dieses Bebauungsplans zu beachten.</p> <p>4. Niederschlagswasser Das auf den Baugrundstücken anfallende Niederschlagswasser kann unter Berücksichtigung und Einhaltung der gesetzlichen und fachlichen Vorgaben ortsnah versickert werden. Die Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser stellt eine Gewässerbenutzung dar, so dass hierfür eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde bei der Stadt Leverkusen zu beantragen ist.</p> <p>5. Erdbebenzone Gemäß der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland für Nordrhein-Westfalen, Maßstab 1:350.000, liegt der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans V 40/I innerhalb der Erdbebenzone 1 und ist der Untergrundklasse 2, Baugrunderklasse B zuzuordnen. Auf die Berücksichtigung zum erdbebensicheren Bauen wird auf die DIN 4149 bzw. DIN EN 1998 hingewiesen.</p> <p>6. Kampfmittel Bei Auffinden von Bombenblindgängern und/oder Kampfmitteln während der Erd-/Bauarbeiten sind die Arbeiten sofort einzustellen und die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu benachrichtigen. Werden dabei Arbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. ausgeführt, so wird eine Sicherheitsdetektion empfohlen.</p> <p>7. Bodendenkmale Bei Bodenbewegungen auftretende, archäologische Funde und Befunde sind gemäß §16 des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Land Nordrhein- Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG) der Stadt Leverkusen als Untere Denkmalbehörde oder der Bezirksregierung Köln unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Entdeckungsstätte sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung der Bezirksregierung Köln für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.</p> <p>8. Vorbelastung durch Lärmimmissionen Das gesamte Bebauungsplangebiet V 40/I ist durch Verkehrs- und Fluglärm sowie Gewerbelärm vorbelastet.</p> <p>9. Bauhöhenbeschränkung Das Plangebiet befindet sich im An- und Abflugbereich des Flugplatzes Leverkusen unterhalb der Platzränder für Motorflugzeuge. Um die Hindernisfreiheit des Flugbetriebs sicherzustellen, sollte eine Höhe von 60 m ü. NN weder durch Bauwerke noch durch Kräne und andere Bauhilfsanlagen überschritten werden. Sollte eine Überschreitung erforderlich sein, ist diese frühzeitig mit dem Betreiber des Flugplatzes Leverkusen und der Bezirksregierung Düsseldorf, Dezernat 26 – Luftverkehr als Aufsichtsbehörde abzustimmen. Die Errichtung von Kranen oder anderen Bauhilfsanlagen bedarf der Zustimmung der Bezirksregierung Düsseldorf – Dezernat 26. Der entsprechende Antrag ist durch den Betreiber der Krane bzw. Bauhilfsanlagen spätestens zehn Werktage vor der geplanten Aufstellung bei der Bezirksregierung Düsseldorf – Luftfahrtbehörde zu stellen.</p> <p>10. Vermeidung von Blendwirkung durch Photovoltaikanlagen (Flugsicherheit) Photovoltaikanlage, die im Bebauungsplangebiet V 40/I eingesetzt werden, müssen so beschaffen sein und/oder so ausgerichtet werden, dass sie nicht zu Beeinträchtigungen durch Blendwirkungen, z. B. für die benachbarte Bebauung und den Flugverkehr, führen.</p> <p>11. Vorsorgender Bodenschutz Im Rahmen der konkreten Umsetzung sind durch Vermeidung- und Verminderungsmaßnahmen im Rahmen eines vorsorgenden Bodenschutzkonzeptes und einer bodenkundlichen Baubegleitung negative Auswirkungen auf das Schutzgüt Boden auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.</p> <p>12. Artenschutz Zum Schutz von Brutvögeln sind die Rodungsarbeiten und Baumfällungen generell auf den Zeitraum vom 1.10 bis zum 28.02.2 des Folgejahres zu beschränken. Zu den Rodungsarbeiten gehört auch das Entfernen von Gebüsch. Da einige Vogelarten auch Nester in Bodennähe, Holzstapeln oder Schnittguthaufen bauen, muss das Entfernen dieser Strukturen auch in diesen Zeitraum fallen. Die Maßnahme leitet sich aus den potentiellen Brutvorkommen von ubiquitären Vogelarten im Plangebiet ab. Dem Verbot der Tötung unterliegen alle europäischen Vogelarten. Auszuschließen sind solche Verbotstatbestände nur, wenn die Arbeiten außerhalb der Brutzeiten liegen. Die Räumung des Baufeldes (u. a. Abschieben der Vegetationsdecke und des Oberbodens) ist auf den Zeitraum vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 28.29. Februar des Folgejahres zu beschränken. Bei Nichteinhaltung der Bauzeitenbeschränkung sind vor Beginn der Vegetationsperiode (1. März) Vergrämungsmaßnahmen, zum Beispiel in Form von Flatterbändern, durchzuführen, um eine Ansiedlung zu verhindern. Das Funktionieren der Vergrämungsmaßnahmen ist mit der Stadt Leverkusen – Untere Naturschutzbehörde abzustimmen und über eine ökologische Baubegleitung vor Beginn der Arbeiten sicher zu stellen. Nächtliche Arbeiten bzw. Arbeiten in Dunkelheit mittels Ausleuchtung der Baustelle sind im Sinne des Vorsorgeschutzes im Zeitraum vom 01.03. bis 30.09 eines Jahres zu vermeiden. Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen potenziell wandernder Zaunedeckhen wird die Baustelle auf der Seite zur Ruderalfäche durch einen Reptilenschutzzaun bauseitlich abgesperrt. Für den Reptilenschutzzaun ist eine glatte Folie und nicht ein strukturiertes Gewebe zu verwenden, da an diesem Tiere aufsteigen können. Der Zaun sollte mindestens eine lichte Höhe von 50cm haben, zur Vermeidung von Übersteigung in Anlaufrichtung geneigt sein und am Boden entweder 10cm eingegraben oder eine Lasche von 10 cm umgeschlagen und überedert werden, damit ein Unterwandern verhindert wird. Der Schutzzaun muss spätestens Ende März angelegt sein. Die Maßnahme wird von der Ökologischen Baubegleitung überwacht.</p>	<p>B) Begrünung nicht überbaubarer Grundstücksflächen</p> <p>Pflanzenauswahlliste 3 – Solitärbäume Hochstamm, 4x verpfanzt, mit Drahtballierung, 18-20 Acer campestre Feld-Ahorn Acer platanoides Spitz-Ahorn Malus baccata „Street Parade“ Zierapfel Pinus sylvestris Kiefer/Föhre Pyrus communis Kultur-Birne Sorbus intermedia Schwedische Mehlbeere Sorbus x thuringiaca „Fastigiata“ Thüringische Mehlbeere Cornus mas Korneikrönchen</p> <p>Pflanzenauswahlliste 4 – Freiwachsende Hecken Kleinbäume Acer campestre Feld-Ahorn Prunus mahaleb Stein-Weichse</p> <p>Sträucher, mind. 2 x verpfanzt, Container od. Ballen, 60 – 100 cm Höhe, mind. 3 Triebe Amelanchier ovalis Felsenbirne Cornus sanguinea Roter Hartrieegel Genista tinctoria Färber-Ginster Hippophae hamoides Gewöhnlicher Sandorn Prunus spinosa Schleie Rhamnus catharticus Echter Kreuzdorn Rosa glauca Hecht-Rose Rosa pimpinellifolia Bibernelle-Rose Viburnum lantana Wolliger-Schneeball</p> <p>Pflanzenauswahlliste 5: Dachbegrünung Stauden Anthemis tinctoria Färber-Hundskamille Campanula rotundifolia Rundblättrige Glockenblume Dianthus carthusianorum Kartäuser-Neiße Hieracium aurantiacum Orangerotes Habichtskraut Hieracium pilosella Kleines Habichtskraut Petrohragia saxifraga Steinbrech-Felsennelke Potentilla verna Frühlings-Fingerkraut Sanguisorba minor Kleiner Wiesenknopf Saponaria ocyroides Polster-Seifenkraut Sedum album „Coral Carpet“ Rotmoos-Mauerpfeffer Sedum reflexum Felsen-Fetthenne Sedum sexangulare Milder Mauerpfeffer Sedum spurium Teppich-Fetthenne Sempervivum arachnoideum Spinnweb-Hauswurz Sempervivum montanum Berg-Hauswurz Thymus serpyllum Sand-Thymian</p> <p>Gräser Carex montana Berg-Segge Festuca ovina Schaf-Schwingel Poa alpina var. Vivipara Alpen-Rispengras</p> <p>Pflanzenauswahlliste 6: Kletter- und Rankpflanzen Akebia quinata Akebie Rosa „Heidtraum Plus“ Kletterrose „Heidtraum Plus“ Clematis tangutica Orientalische Gold-Waldrebe Campsis radicans Klettertrompete Parthenocissus vitacea Rankende Jundfernebe Syn. P. Inserta</p>					
<p>Verfahrensvermerke (<i>Nichtzutreffendes bitte streichen</i>)</p> <p>Aufstellung (§ 2 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen (der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den Beschluss zur Aufstellung Änderung Aufhebung Einleitung gefasst. Der Beschluss des Ausschusses des Rates ist am ortsüblich bekannt gemacht worden.</p> <p>Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (§ 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit hat vom bis stattgefunden. Parallel wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange unterrichtet.</p> <p>Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gebilligt und die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats beschlossen. Nach ortsüblicher Bekanntmachung am wurde der Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vom bis einschließlich öffentlich ausgelegt und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt.</p> <p>Erneute öffentliche Auslegung (§ 4a Abs. 3 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den geänderten Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gebilligt und die erneute öffentliche Auslegung für die Dauer von beschlossen. Nach ortsüblicher Bekanntmachung am wurde der Bebauungsplanentwurf mit Begründung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB vom bis einschließlich erneut öffentlich ausgelegt und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p> <p>Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB) Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am über die vorgebrachten Stellungnahmen entschieden, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit der BauNVO 2017 sowie § 7 GO NRW gefasst und die Satzung gebilligt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister</p> <p>Ausfertigung Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung, textlichen Festsetzungen und Vorhaben- und Erschließungsplan, stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Rates der Stadt Leverkusen vom überein. Die Satzung wird hiermit ausfertigt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p> <p>Bekanntmachung und Inkrafttreten (§ 10 Abs. 3 BauGB) Der Beschluss des Rates der Stadt Leverkusen vom wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht. Dem Bebauungsplan wurde eine zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB beigefügt. Die Satzung ist am in Kraft getreten.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p>	 <p>Blattschnitt-Übersicht M 1:5.000</p>					
<p>Lage im Stadtgebiet</p>  <p>Das Plangebiet ist im Stadtgebiet von Leverkusen zwischen den Straßen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße zu finden.</p>	<p>Rechtsgrundlagen/Katastergrundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.7.1994, in der derzeit gültigen Fassung. Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. d. B. vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 BauO NRW 2018) in Kraft getreten am 04. August 2018 und zum 01. Januar 2019, in der derzeit gültigen Fassung. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Planmaterials (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18.12.1990, in der derzeit gültigen Fassung. Baunutzungsverordnung (BaunVO), d. F. d. B. vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der derzeit gültigen Fassung. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009, in der derzeit gültigen Fassung. <p>Hinweis: Die Übungsvorschriften der §§ 25 ff. BauNVO sind zu beachten.</p>					

<p>Verfahrensvermerke (<i>Nichtzutreffendes bitte streichen</i>)</p> <p>Aufstellung (§ 2 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen (der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den Beschluss zur Aufstellung Änderung Aufhebung Einleitung gefasst. Der Beschluss des Ausschusses des Rates ist am ortsüblich bekannt gemacht worden.</p> <p>Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (§ 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit hat vom bis stattgefunden. Parallel wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange unterrichtet.</p> <p>Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gebilligt und die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats beschlossen. Nach ortsüblicher Bekanntmachung am wurde der Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vom bis einschließlich öffentlich ausgelegt und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt.</p> <p>Erneute öffentliche Auslegung (§ 4a Abs. 3 BauGB) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am den geänderten Bebauungsplanentwurf mit Begründung und Umweltbericht gebilligt und die erneute öffentliche Auslegung für die Dauer von beschlossen. Nach ortsüblicher Bekanntmachung am wurde der Bebauungsplanentwurf mit Begründung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB vom bis einschließlich erneut öffentlich ausgelegt und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p> <p>Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB) Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am über die vorgebrachten Stellungnahmen entschieden, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit der BauNVO 2017 sowie § 7 GO NRW gefasst und die Satzung gebilligt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister</p> <p>Ausfertigung Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung, textlichen Festsetzungen und Vorhaben- und Erschließungsplan, stimmt mit dem Satzungsbeschluss des Rates der Stadt Leverkusen vom überein. Die Satzung wird hiermit ausfertigt.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p> <p>Bekanntmachung und Inkrafttreten (§ 10 Abs. 3 BauGB) Der Beschluss des Rates der Stadt Leverkusen vom wurde gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht. Dem Bebauungsplan wurde eine zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB beigefügt. Die Satzung ist am in Kraft getreten.</p> <p>Leverkusen, den Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung Im Auftrag</p>	 <p>Blattschnitt-Übersicht M 1:5.000</p>
<p>Lage im Stadtgebiet</p>  <p>Das Plangebiet ist im Stadtgebiet von Leverkusen zwischen den Straßen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße zu finden.</p>	<p>Rechtsgrundlagen/Katastergrundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.7.1994, in der derzeit gültigen Fassung. Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. d. B. vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 BauO NRW 2018) in Kraft getreten am 04. August 2018 und zum 01. Januar 2019, in der derzeit gültigen Fassung. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Planmaterials (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18.12.1990, in der derzeit gültigen Fassung. Baunutzungsverordnung (BaunVO), d. F. d. B. vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der derzeit gültigen Fassung. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009, in der derzeit gültigen Fassung. <p>Hinweis: Die Übungsvorschriften der §§ 25 ff. BauNVO sind zu beachten.</p>

<p>Stadt Leverkusen</p> <p>Fachbereich Stadtplanung Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 40/I "Wiesdorf - Wohnheim zwischen Elisabeth-Langgässer-Straße, Kurtekottenweg und Bertha-von-Suttner-Straße"</p> <p>Textliche Festsetzungen des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Blatt 2 von 3)</p> <p>Dieser vorhabenbezogene Bebauungsplan besteht aus drei Teilen: Teil 1: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Teil 2: Textliche Festsetzungen des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Teil 3: Vorhaben- und Erschließungsplan</p> <p>Vorhabenträger: Bayer 04 Immobilien GmbH vertreten durch die Geschäftsführer F. Carro und D. Duden Bismarckstr. 122-124 51373 Leverkusen</p>  <p>Städtebauliche Planung in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtplanung der Stadt Leverkusen</p> <p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 40/I: Planungsbüro: oxen architekten Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH Neumarkt 49 50667 Köln Stadt- und Regionalplanung Schladwigstraße 73c 50955 Köln</p>  <p>FB Stadtplanung - Fachbereichsleitung</p> <p>Gezeichnet: Geprüft/Überarbeitet: 613 - Projektleitung: 613 - Abteilungsleitung: Planungsbüro FB 61 - 613</p> <p>Zuletzt gespeichert am: 23.10.2024</p> <p>Stand: 23.10.2024</p>	<p>Rechtsgrundlagen/Katastergrundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.7.1994, in der derzeit gültigen Fassung. Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. d. B. vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der derzeit gültigen Fassung. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 BauO NRW 2018) in Kraft getreten am 04. August 2018 und zum 01. Januar 2019, in der derzeit gültigen Fassung. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Planmaterials (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18.12.1990, in der derzeit gültigen Fassung. Baunutzungsverordnung (BaunVO), d. F. d. B. vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der derzeit gültigen Fassung. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009, in der derzeit gültigen Fassung. <p>Hinweis: Die Übungsvorschriften der §§ 25 ff. BauNVO sind zu beachten.</p>
---	--